

Tabakarbeiter

Organ des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Erscheint Sonnabends. Redaktionschluss
Montags. Bezugspreis monatlich 40 A
ohne Bringerlohn. Anzeigenpreis 35 A
für die sechsheftige Millimeterzeile.
Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen,
Am der Weide 20. Tel. Domsheide 2 07 80

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Ver-
antwortlich: für den redaktionellen Teil
Heinrich Borag für die Anzeigen Oswald
Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-
Verband, Ferdinand Hufung. Druck: J. H.
Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Nummer 42

Bremen, 15. Oktober

Jahrgang 1932

Pflicht zum Widerstand!

Von Fritz Larnow

Das Kabinett Papen regiert ohne Parlament. Nach eigenem Gutdünken macht es Gesetze von weittragender Bedeutung, fällt selbstherrlich Entscheidungen in den verwickeltesten Fragen ökonomischer und sozialer Natur. Es ist eine ungeheuer schwere Verantwortung, die diese Regierung auf sich genommen hat, viel schwerer als sie einer parlamentarischen Regierung zufallen kann.

Empfindet das Kabinett der Barone die besondere Schwere seiner Verantwortlichkeit? Sind sich seine Minister, die die Wirthaftung des Parlaments glauben entbehren zu können, der hohen sittlichen Pflichten bewußt, die sich im besonderen Maße aus ihrer Art des Regierens ergeben? Prüfen sie mit gesteigertem Gewissenhaftigkeit alle Konsequenzen ihrer gesetzgeberischen Aktionen, bevor sie sie ins Werk setzen?

Die Notverordnungen vom 4. und 5. September, der sogenannte „Wirtschaftsplan“, mit den unerhörten Eingriffen in die Lohn- und Tarifrechte der Arbeitnehmer hat sich sehr schnell als ein Musterbeispiel niederlicher Gesetzgebungsarbeit entpuppt. Wohl noch niemals hat ein Gesetz so schnell und in solcher Fülle Ausführungsmaßnahmen erfordert, mit denen, bisher vergeblich, versucht wird, die Unklarheiten des Gesetzes auszumergen, es für den praktischen Gebrauch herzurichten.

„Der Reichspräsident ersucht den Kanzler, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen insbesondere darauf zu achten, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe.“

So hieß es in der Botschaft aus Neudeck am 30. August. Das „Präsidential“-Kabinett begründet staatsrechtlich seine Macht aus dem Auftrage des Reichspräsidenten. Die Botschaft vom 30. August enthielt eine deutliche Anweisung an das Kabinett, das im Namen Hindenburgs regiert. Es ist zweifelsfrei festzustellen, daß diese Anweisung nicht durchgeführt worden ist, ja, daß nicht einmal der gute Wille vorhanden war, ihr auch nur die geringsten Konzessionen zu machen.

War es vielleicht eine „höhere Gewalt“, die Rücksicht auf übergeordnete Gesamtinteressen, auf die viel berufenen „Notwendigkeiten der Wirtschaft“, die

die Regierung zwang, das Versprechen des Reichspräsidenten zu mißachten?

Der notverordnete Mechanismus, der die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft, statt sie zu sichern, ganz erheblich herunterdrückt, besteht in der Hauptsache aus den Lohnsenkungsvorschriften bei Neueinstellungen. Die deutschen Unternehmer sind wahrhaftig nicht gerade schüchtern in ihren Wünschen nach staatlicher Hilfe bei dem traurigen Gewerbe des Lohnendrucks. Aber gegen das hier angewandte Verfahren sind auch aus dem Unternehmerlager vielfach Einsprüche erhoben worden. Natürlich nicht wegen sozialer Skrupel, sondern aus Gründen der gesamtwirtschaftlichen Ordnung. Die gut beschäftigten Betriebe im Gegensatz zu den schlecht gestellten mit erheblichen Staatssubventionen aus allgemeinen Steuermitteln prämiieren, ihnen außerdem das Recht einräumen, niedrigere Löhne zu zahlen als die schlecht beschäftigten Betriebe, dem siegreichen Konkurrenten zu seinem Erfolg noch staatliche Geldgeschenke in die Tasche stopfen, dem geschlagenen Konkurrenten höhere Lohnverpflichtungen auferlegen — wie wäre denn auch ein solcher Widerspruch mit den Gesetzen der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft zu vereinbaren!

Wie sollen nun aber erst die Arbeiter begreifen, daß das ihnen auferlegte Opfer überhaupt einen Sinn hat? Wie kann man ihnen zumuten, ohne Widerstand auf und unter die Hungerlinie herabzusteigen, wenn sie das absolut sichere Bewußtsein haben müssen, daß damit außer der Profitgier ihres Unternehmers niemandem gedient ist? Woher nimmt der Staat das moralische Recht zu solchen Maßnahmen, die von jedem rechtlich Denkenden als unfittlich empfunden werden müssen, in denen die betroffenen Arbeiter nur die soziale Drangsalierung als Selbstzweck begreifen können?

Möglich, daß die Regierung nicht alle Konsequenzen ihrer Verordnung übersehen hat. Heute aber steht schon fest, daß zum allergrößten Teil die Einstellungsprämien gewährt und die Lohnsenkungen den Beschäftigten abgeschunden werden, ohne daß der behauptete Zweck der volkswirtschaftlichen Mehrbeschäftigung damit erreicht wird. Trotzdem können die Vorschriften des Gesetzes erfüllt sein.

Ein typischer Fall: Ein Unternehmer beschäftigt 100 Arbeiter mit einem durchschnittlichen Tariflohn von 80 \mathcal{G} . Auf Grund der Notverordnung stellt er 25 Jugendliche mit einem durchschnittlichen Tariflohn von 20 \mathcal{G} ein. Er darf daraufhin Lohnabzüge im Gesamtbetrage von 400 \mathcal{M} wöchentlich vornehmen, während der gesamte Wochenlohn für die neu Eingestellten nur 200 \mathcal{M} beträgt. Dazu bekommt der Unternehmer aber auch noch die Einstellungsprämien, die, auf die Woche umgerechnet, 191 \mathcal{M} ausmachen.

Wenn die neu Eingestellten überhaupt nicht beschäftigt würden und ihren Tariflohn für Nichtstun bekämen, hätte der Unternehmer einen reinen Verdienst von 391 \mathcal{M} in der Woche! In diesem Falle allerdings würde vielleicht der Schlichter Einspruch erheben, weil „der Sinn der Verordnung“ nicht erfüllt ist. Natürlich wird auch ohnedem der Unternehmer die neu Eingestellten arbeiten lassen, und wenn sie ihm nur jeder 10 \mathcal{M} wöchentlich Arbeitswert einbringen, steigert sich sein Verdienst ohne jede Gegenleistung auf 591 \mathcal{M} in der Woche.

Sei es ein Geschäft! Die Unternehmer müßten mit einem Male alle Lust an sicheren und risikofreien Gewinnen verloren haben, wenn sie nicht in diesem Sinne die Verordnung ausnützen würden, statt sich auf das sehr zweifelhafte Geschäft einzulassen, in einem Augenblick zur Mehrproduktion von Gütern überzugehen, in dem durch den „Wirtschaftsplan“ die Massenkaufkraft und die Absatzmöglichkeit gedrosselt werden.

Die Arbeiter in den Betrieben sehen die Ungeheuerlichkeit dieser Lohnabbauaktion deutlicher als die Regierung am grünen Tische. Die grenzenlose Empörung über die Sinnlosigkeit des ihnen zugemuteten Opfers muß sie zur äußersten Erbitterung treiben. Hier liegt ein elementarer und sittlicher Zwang zum Widerstande vor, der durch keine Gewaltmaßnahmen der Regierung beseitigt werden kann.

Wenn das Kabinett Papen nicht von allen guten Geistern verlassen wäre, müßte es selbst den Fehlschlag seiner Konstruktion begriffen haben. Doch — wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Kandidatenliste zur Verbandstagswahl

Wählbar als Delegierte und Ersatzpersonen sind nur die auf der nachstehenden Liste vorgeschlagenen Verbandsmitglieder. Die Vorschlagsliste ist, nach Wahlkreisen getrennt, in alphabetischer Reihenfolge aufgestellt.

Die Höchstzahl der Stimmen, die von den einzelnen Verbandsmitgliedern abgegeben werden kann, ist bei jedem Wahlkreis in Klammern angegeben.

1. Wahlkreis (8):

Max Baier (Hamburg), Bruno Carstedt (Hamburg), Carl Frevert (Altona), Otto Heitepriem (Hamburg), Henry Hubert (Hamburg), Jenny Lais (Hamburg), August Rieck (Altona), Ludwig Selpien (Hamburg), Heinrich Tempel (Hamburg), Willi Winkelmann (Altona), Josef Wollmann (Hamburg).

2. Wahlkreis (2):

Heinrich Träbing (Bremen), Wilhelm Wemken (Bremen).

3. Wahlkreis (2):

Jean Kalbauke (Hannover), Friedrich Wollny (Hannover).

4. Wahlkreis (2):

Ernst Bertram (Verden), Friedrich Burgstäbe (Achim), Johann Gauert (Burgdamm), Gerhard v. d. Poll (Achim), Ernst Recker (Hildesheim), Wilhelm Rohde (Burgdamm), Wilhelm Stumpe (Verden).

5. Wahlkreis (2):

Julius Knoll (Kendensburg), Wilhelm Reimann (Kendensburg).

6. Wahlkreis (4):

Wilh. Bennewitz (Nordhausen), Thilo Bröder (Nordhausen), Alb. Engel (Nordhausen), Robert Hoferick (Nordhausen), Richard Saalfeld (Nordhausen), Karl See (Nordhausen), Franz Schulze (Nordhausen), Willi Spangenberg (Nordhausen).

7. Wahlkreis (4):

Fritz Fischer (Treffurt), Albert Hofbach (Treffurt), Gustav Rathgeber (Schnellmannshausen), Johannes Stoll (Treffurt).

8. Wahlkreis (2):

Gottlieb Kaufmann (Brotterode), Otto Schmidt (Brotterode).

9. Wahlkreis (2):

Friedrich Reck (Steinb.-Hallenberg), Wilhelm Landgraf (Wafungen).

10. Wahlkreis (2):

Karl Schäfer (Hann.-Münden).

11. Wahlkreis (2):

Otto Pippert (Schwege).

12. Wahlkreis (2):

Josef Eckart (Heiligenstadt), Max Hoffeld (Allendorf), Eduard Tröftrum (Mühlhausen), Karl Wils (Salzungen).

13. Wahlkreis (6):

Willi Bültermann (Dünne), Heinrich Buchholz (Südlengern), Hermann Feld (Sunnebrock), Heinrich Hüffmeier (Ennigloh), Kröger (Bünde), Karl Menke (Südlengern).

14. Wahlkreis (6):

August Koopmann (Rahden), Fritz Kottkamp (Nettelstedt), Franz Lachmöller (Lübbecke), Minna Lohri (Wehlage), Karl Rösch (Hüllhorst), Fritz Schilling (Lübbecke), Heinrich Wakmann (Blasenheim), Ernst Wiegmann (Blasenheim).

15. Wahlkreis (2):

August Homeler (Holzhausen), Heinrich Ohlemeyer (Sahlen).

16. Wahlkreis (2):

Ludwig Mäsker (Spenge), Heinrich Menke (Hücker-Wischen), Hermann Stöcker (Lenzinghausen), Hermann Behmeyer (Enger).

17. Wahlkreis (2):

Karl Rühne (Werste), Karl Mohme (Rehme).

18. Wahlkreis (2):

Carl Cordes (Blotho), Karl Seepmann (Mennighüffen), Hermann Brühmeyer (Blotho), August Semmler (Oberbeck).

19. Wahlkreis (2):

Fritz Albrecht (Eilshausen), August Wächter (Schweicheln).

20. Wahlkreis (2):

August Bergmann (Hohenhausen), Conrad Pasche (Brake).

21. Wahlkreis (2):

Richard Raabe (Gießen), Otto Schleenbecker (Seuchelheim).

22. Wahlkreis (2):

Gretel Molitor (Trier), Peter Jacobs (Trier).

23. Wahlkreis (2):

Georg Ackermann (Hanau), Rudolf Reßler (Brücken), Kilian Schwab (Klein-Krozenburg).

24. Wahlkreis (2):

Michael Eichler (Heidelberg), Ludwig Klöppinger (Heidelberg), Eugen Kraft (Dossenheim), Susanna Pfisterer (Kirchheim), Georg Riedling (Dossenheim).

25. Wahlkreis (2):

Franz Kraut (München), Karl Veßler (München), Hermann Vogel (München).

26. Wahlkreis (2):

Ernst Schneider (Baden-Baden), Emil Wagner (Baden-Baden).

27. Wahlkreis (2):

Gustav Marker (Hockenheim), Fritz Prager (Hockenheim).

28. Wahlkreis (2):

Ludwig Fekner (Untergrombach), Ludwig Freidel (Destringen), Georg Gärtzhöfner (Bruchsal), Adolf Hirsch (Destringen), Marie Sünder (Karlsruhe).

29. Wahlkreis (2):

Friedrich Frey (Michelfeld), Josef Metzger (Mannheim), Emil Wolf (Lairnbach), Karl Wolfhard (Michelfeld).

30. Wahlkreis (2):

Friedrich Böhrkircher (Lauffen), Wilhelm Köffel (Heilbronn).

31. Wahlkreis (2):

Heinrich Talmon Groß (Heidenheim).

32. Wahlkreis (2):

Heinrich Berg (Kaiserslautern), Karl Bummel (Spener), Maria Keiling (Lampertheim), Barbara Bief (Lampertheim).

33. Wahlkreis (2):

Josef Beer (Regensburg), Josef Hartl (Regensburg).

34. Wahlkreis (2):

Christian Durban (Freistett), Emil Maier (Freistett), Gottfried Sieserle (Gengenbach), Wilh. August Wieber (Friesenheim).

35. Wahlkreis (2):

Wilhelm Engisch (Friesenheim), Karl Strütt (Lahr).

36. Wahlkreis (10):

Willi Bege (Dresden), Jos. Domeyer (Dresden), Ernst Gulich (Dresden), Fanny Haunstein (Dresden), Paul Heim (Dresden), Irene Jäschke (Dresden), Ernst Reßler (Dresden), Ida Bartosch (Dresden), Elisabeth Stolz (Dresden), Johanna Weber (Dresden).

37. Wahlkreis (2):

Dora Döhler (Frankenberg), Hermann Fischer (Frankenberg), Georg Kerstenhan (Frankenberg), Paul Schiller (Frankenberg).

38. Wahlkreis (2):

Max Ficker (Schöneck), Olga Ritter (Schöneck).

39. Wahlkreis (2):

Hedwig Göhre (Oranienbaum), Karl Lüdge (Magdeburg).

40. Wahlkreis (2):

Otto Rohl (Lobenstein).

41. Wahlkreis (2):

Karl Becker (Leipzig), Karl Lampe (Leipzig).

42. Wahlkreis (2):

Franz Fanta (Döbeln), Lina Goldammer (Geringswalde), Bruno Lophka (Leisnig), Max Morgenstern (Döbeln).

43. Wahlkreis (2):

Alfred Münch (Waldheim), Fritz Reimer (Hartha).

44. Wahlkreis (2):

Richard Knöschke (Freiberg), Wilhelm Pfalz (Seiffenmersdorf), Arno Rebenrodt (Freiberg).

45. Wahlkreis (2):

August Köhn (Görlitz), Margarete Kieger (Jauer), Fritz Trautmann (Görlitz).

46. Wahlkreis (2):

Reinhard Baumhard (Oppeln), Anna Gallus (Oppeln), Robert Schmidt (Wanssen), Karl Wilhelm (Wanssen).

47. Wahlkreis (2):

Frieda Jorgall (Ohlau), Martha Böckel (Ohlau).

48. Wahlkreis (4):

Otto Lukmann (Berlin), Wilhelm Menz (Berlin), Alfred Neckes (Berlin), Margarete Tobies (Berlin).

49. Wahlkreis (4):

Johanna Gentsch (Elbing), Anna Keil (Elbing), Emilie Rautenberg (Elbing), Arthur Tzschuppan (Elbing).

50. Wahlkreis (2):

Max Pfennig (Danzig), Willy Rompza (Danzig).

51. Wahlkreis (2):

Max Appelt (Finsterwalde), Friedrich Burckhardt (Spremberg), Franz Hoffmann (Stargard), Johannes Krüger (Jastrow), Reinhold Kuhlee (Spremberg), Emil Michael (Stargard), Georg Schulz (Neudamm), Alois Winkler (Finsterwalde).

52. Wahlkreis (2):

Willi Henze (Dahme), Karl Reichmann (Schwedt).

Tabakarbeiterjugend, rüste zum Kampf!

Zum Kampf? fragst du, junge Tabakarbeiterin, fragst auch du, junger Tabakarbeiter! Sicher, du weißt von den politischen Kämpfen der letzten Zeit, bist durch deine Verbandszeitung und Tagespresse darüber unterrichtet, in welch gewaltigem Ringen um Freiheit und Lebensnotwendigkeiten sich die Arbeiterschaft befindet.

Den freien Gewerkschaften fallen in diesem Kampf um die Neugestaltung der Wirtschaft und gesellschaftlichen Verhältnisse große Aufgaben zu. Aber auch wir, die Jugend der Gewerkschaften, müssen, stärker als zuvor, in den Kampf um die Bessergestaltung eingreifen. Wir, die Generation der Nachkriegszeit, kennen die freien Gewerkschaften nur als großen Machtfaktor in der Wirtschaft, der überall seinen Einfluß geltend machen konnte.

So wurde in einer Zeit, in der die Lage der Arbeiter ohne große Arbeitskämpfe verbessert wurde, oft vergessen, wer einen harten Kampf um die Verbesserungen geführt hatte. Aber es ist ja nicht nur Aufgabe der freien Gewerkschaften, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, sondern sie auch im Geiste des Sozialismus zu erziehen. Aus dem letzteren erwächst der gewerkschaftlichen Jugendarbeit Inhalt und Aufgabe. Hier weitet sich ein Betätigungsfeld für die Jüngeren, welches unerschöpflich ist, und seinen Ausdruck finden muß in der Organisierung und dem Ausbau unserer freigewerkschaftlichen Jugendorganisation.

In allen Orten, wo bereits Jugendliche in genügender Zahl organisiert sind, wird man dazu übergehen müssen, Jugendgruppen zu bilden. Die Funktionen werden von ihr selbst ausgeführt. Am Abend eines Wochentages und auch Sonntags wird sich die Gruppe in einem dazu geeigneten Raum zusammen finden. Zur Ausgestaltung dieser Heimabende sind möglichst viele der Mitglieder heranzuziehen. Geeignete Redner werden zu Vorträgen über die verschiedensten Interessengebiete der Jugend herangeholt. Daß die Fragen der gewerkschaftlichen Zielsetzung, wie überhaupt der modernen Arbeiterbewegung besondere Beachtung geschenkt werden wird, ist klar. Arbeiterdichter-Abende werden mit dem Leben und den Dichtungen unserer Dichter bekannt machen.

Aber auch Frohsinn und Geselligkeit in Spiel und Tanz soll bei uns eine Stätte finden; wo noch rechte Freude und Fröhlichkeit, Solidarität und echte Kameradschaft, das Erlebnis der wirklichen Gemeinschaft, erlebt wird. Für die jungen Arbeiterinnen und Arbeiter hat das Leben einen neuen Inhalt bekommen, ihr Denken und Fühlen kreist nicht nur um sie selbst, es gehört der Klasse der Arbeiter, für deren Aufstieg sie kämpfen und siegen werden.

Warum, Jugendkolleginnen und -kollegen, hinein in die Gruppen der freien Gewerkschaftsjugend, sorgt mit dafür, daß auch der letzte Unorganisierte Mitglied im Deutschen Tabakarbeiter-Verband wird. Freiheit!

Zigarrenherstellung

Warum keine Lohnsenkung?

Einer Rede, die der Geschäftsführer des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenherstellung (RDZ), Herr Bruno Jacubeit, am 4. Oktober vor den Mitgliedern des Verbandes süddeutscher Zigarrenfabrikanten in Mannheim gehalten hat, entnehmen wir die Gründe, die den RDZ. veranlaßt haben, seinen Mitgliedern zu empfehlen, zurzeit bei Mehrbeschäftigung keine Lohnsenkung vorzunehmen.

Nach dem Bericht der „Süddeutschen Tabakzeitung“ führte Herr Jacubeit u. a. aus, daß die zulässige Lohnsenkung ohnehin sowohl bei den zahlreichen Heimarbeitern des Gewerbes in Wegfall kommen würde, wie auch bei der Neueroöffnung von früher geschlossenen Filialbetrieben. Weiter aber sei damit zu rechnen, daß die Lohnsenkung nur bis zum 31. März 1933 Platz greifen dürfe und daß auch innerhalb dieser Zeit der Geschäftsgrad erfahrungsgemäß nach Weihnachten erheblich zurückzugehen pflege. Die Betriebe seien dann entweder notwendig, die Arbeiterzahl wieder zu vermindern, oder aber auf weniger als 30 Arbeitsstunden herunterzugehen, und in beiden Fällen komme die Tariflohnsenkung wieder in Wegfall. Es erscheine daher höchst gefährlich, wenn ein Betrieb seine Kalkulation auf ordnungsgemäß herabgesetzte Löhne aufbauen wolle.

Diese Rede des Herrn Jacubeit zeigt, daß es nicht Gründe sozialer Art, also Rücksichten auf die Arbeiter gewesen sind, die den RDZ. zu seiner Empfehlung bemogen haben. Aber das ist im Augenblick nicht entscheidend. Immerhin haben wir geglaubt, der Kollegenschaft von den Ausführungen des Herrn Jacubeit Kenntnis geben zu müssen, um sie vor Illusionen zu bewahren.

Blase AG. (Lübbecke) voran!

Aus Westfalen wird uns geschrieben: Diesmal ist die Aug. Blase-Aktiengesellschaft in Lübbecke auch voran beim Versuch, über die „Wiederbelebung“-Notverordnung der Hitlerschen Papenregierung eine Lohnkürzung zu erreichen. Bürgerliche Zeitungen berichten anscheinend voller Stolz, daß in den Zigarrenfabriken der Blase-AG. 381 Neueinstellungen von Arbeitern erfolgten, verschweigen aber schamhaft, daß dies in doppelter Hinsicht auf Kosten des Volkes geschehen sollte: 381 Neueinstellungen bringen in einem Jahr 152400 Mark an Steuergutschein, die das Reich den „belebten“ Firmen schenkt. Das ist aber noch nicht genug, denn nun tut die Firmenleitung auch noch so, als ob sie dazu zu einem Lohnabbau verpflichtet sei. Und da über 20 Prozent mehr Fabrikarbeiter eingestellt seien, als in den Monaten Juni, Juli und August 1932 beschäftigt waren, so heißt es wörtlich in der Bekanntmachung der Firma an ihre Arbeiter, „beträgt demnach die Senkung des tariflichen Lohnes für die 31. bis 40. Arbeitsstunde in der Woche 40 Prozent!“ Nicht um 8 Prozent, wie erst bekannt wurde, sollen diese Stunden-

löhne gesenkt werden, sondern um bald die Hälfte, um 40 Prozent.

Dieser Vorhaben der Blase AG. hat überall größte Empörung ausgelöst. In den Lübbecker Zentralbetrieben wie in den Filialen in den Kreisen Herford, Minden und Lübbecke meldete sich nachdrücklich die organisierte Abwehr der Tabakarbeiter, die zu sofortigem Einstellen des Vorhabens dieser Lohnkürzung und zur Zurücknahme des ersten Aushangs führte. Gerade im Kreise Lübbecke, das zeigte die überfüllten Belegschaftsversammlungen und die Kundgebungen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, sind die Arbeiter der Zigarrenindustrie gewillt, mit aller gewerkschaftlichen Macht solchen Lohnraub zu verhindern. Eine Erkenntnis hat aber dieser abgeschlagene Kriegszug der Unternehmer gegen die Lebenslage der Arbeiterschaft überall gefördert: nur durch restlose Zusammenfassung aller Zigarrenarbeiter im Deutschen Tabakarbeiter-Verbande kann auch staatlich ermöglichter Unternehmerwillkür erfolgreich begegnet werden!

Allgemeinverbindlich erklärt

wurden gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung mit Wirkung vom 1. September der am 21. Juli 1932 abgeschlossene Bezirksarbeitsvertrag nebst Lohnvereinbarung und Lohnübersichten für O s t p r e u ß e n und mit Wirkung vom 15. September der am 15. Juli abgeschlossene Bezirksarbeitsvertrag für H a m b u r g usw. und der am 1. August in Kraft getretene Bezirksarbeitsvertrag nebst Verhandlungsniederschrift für W e s t f a l e n usw.

Die allgemeine Verbindlichkeit, die vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister mit dem Tarifvertrag endet, erstreckt sich nicht auf die in die Bezirksarbeitsverträge übernommenen Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages vom 8. Juli 1932, soweit diese von der Allgemeinverbindlichkeit des Reichsarbeitsvertrages ausgenommen worden sind. Die allgemeine Verbindlichkeit der früheren Bezirksarbeitsverträge usw. für diese Gebiete hat geendet.

Verbandstagswahl

Die Wahl der Delegierten und Ersatzpersonen zum 21. Verbandstag findet in der Zeit vom 23. bis 30. Oktober nach den Bestimmungen der im „Tabakarbeiter“ Nr. 37 veröffentlichten Wahlordnung statt und zwar auch dann, wenn nur ein Kandidat aufgestellt ist.

Wahltag, Wahlzeit und Wahllokal werden von den Zahlstellenverwaltungen bestimmt und müssen den Mitgliedern rechtzeitig in geeigneter Weise zur Kenntnis gebracht werden.

Wahlprotokolle, Stimmzettel und Wählerlisten sind spätestens am 2. November an den Vorsitzenden der Zentralwahlprüfungskommission, Wilhelm Wiemken, Bremen, An der Weide 20, einzusenden. Wo die den Zahlstellenverwaltungen zugestellten Bordrucke zum Wahlprotokoll nicht ausreichen sollten, müssen sofort Nachbestellungen vorgenommen werden.

Berichte aus Gauen und Zahlstellen

Am möglichst viele Berichte unterbringen zu können, mußten teilweise größere Streichungen vorgenommen werden. (Die Berichte aus Leipzig und Minden folgen nächste Woche.)

Kreis-Konferenz Lübecke

Im Gewerkschaftslokal Haevester fand am 2. Oktober eine Mitglieder- und Funktionärskonferenz des Deutschen Tabakarbeiter-Berbandes der Verwaltungsstelle Lübecke statt, in welcher Stellung genommen wurde zum 21. Verbandstag. Arbeitersekretär Kollege Schudenböhrer begrüßte die Tabakarbeiter im Namen des ADGB, Ortsausschusses und betonte, daß der Tabakarbeiter-Berband ein festes Bollwerk innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen des Kreises Lübecke bedeute. Die enge Verbundenheit der Mitglieder sei es, die auch die innere Festigung des Verbandes mit ermöglicht hätte. In seinem fesselnden Referat „Die Aufgaben der Tabakarbeiter in der Gegenwart“, legte er deutlich klar, wie wirtschaftliche Kämpfe zum Nutzen der Organisation und zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft zu führen sind, wie es ja auch der Abwehrkampf des Verbandes in der Base AG bewiesen hat. Mit noch größerem Ernst als sonst schon müsse den Mäkten der werktätigen Bevölkerung entgegengetreten werden. Rabital sein heiße darum, den Dingen an die Wurzel gehen und so an die Wurzel zu gehen, daß dadurch das Recht und die Lebenslage des einzelnen Volksgenossen wie die Lebenslage der Gesamtheit gesichert sei. Pflicht aller Tabakarbeiter sei deshalb in dieser Zeit, die reif wäre für den Umbau der Wirtschaft, noch mehr denn je durch unermüdete Aufklärungsarbeit den Verband und die gewerkschaftlichen Positionen zu stärken. Durch dauernde Kleinarbeit unter den Zigarrenarbeitern würde es auch dem Deutschen Tabakarbeiter-Berband möglich sein, der Machtgier der kapitalistischen Unternehmer endgültig Einhalt zu gebieten. In diesem Sinne wünschte der Kollege Schudenböhrer der Versammlung einen guten Verlauf und hoffte, daß solche Kolleginnen und Kollegen zum Verbandstag entsandt würden, die die auf dem Verbandstag erworbenen Kenntnisse weiter nutzbringend für Verband und Mitgliederschaft verwerten. Nach dem Referat, das starke Zustimmung aller Anwesenden fand, wurden die Vorschläge zur Wahl der Delegierten für den 21. Verbandstag gemacht. In der Konferenz herrschte Einmütigkeit darüber, daß der Verwaltungsstellenleiter Kollege Fritz Segelmeier auf jeden Fall zum Verbandstag müsse. Es sollte überhaupt im Deutschen Tabakarbeiter-Berband Beschluß sein, daß die Geschäftsführer der lokalen Verwaltungsstellen an allen Verbandstagen als Gäste teilnehmen, ein entsprechender Antrag, wonach die Delegationskosten je zur Hälfte von der Hauptkassa und der betreffenden Lokalkassa zu tragen sind, wurde angenommen und soll dem Verbandstag im November in Bremen zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Nach reger Aussprache wurde dann die Kandidatenaufstellung vorgenommen. Ueber die Durchführung der Delegiertenwahl gab Kollege Segelmeier Auskunft. Zum Schluß wurden noch verschiedene organisatorische Fragen besprochen, woran sich auch der Gauleiter Kollege Borchard beteiligte.

Brate. Am 30. September fand im Saale des Herrn Hollmann eine Mitgliederversammlung statt, in der nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten Gauleiter Kollege Borchard über die Lage in unserer Branche sprach. Zunächst berichtete er über die letzten Tarifverhandlungen mit den Zigarrenfabrikanten, wobei er den Kolleginnen und Kollegen noch besonders ans Herz legte, scharf darauf zu achten, daß nun auch der Tarif voll ausgenutzt werde. Wenn der Tarif

nicht abgeschlossen wäre, würden wir jetzt noch viel traurigere Lohn- und Arbeitsbedingungen haben. Er legte ihnen auch klar, daß sie sich bei politischen Wahlen nicht von radikalsten Parteien übers Ohr hauen lassen sollten, sondern nur Partei wählen sollte, welche die Tarife mit aller Kraft hochhalte und für ihren Ausbau sich einsetze. Das tue nur die Sozialdemokratische Partei. Nach dem Vortrage fand eine rege Aussprache statt, an der sich erfreulicherweise auch mehrere Kolleginnen beteiligten. Unter „Verschiedenes“ wurden dann noch einige betriebliche Fragen erörtert. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen, mit dem Wunsche, immer solche anregenden Versammlungen zu haben.

Breslau. Generalversammlung am 6. Oktober. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Kollege Nowak mit warmen Worten des vor kurzem verstorbenen Kollegen Gerstenberg, zu dessen Ehren sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben. Kollege Langner berichtete, daß es trotz vieler Mühe noch immer nicht möglich war, alle in Arbeit stehenden Kolleginnen der Organisation zuzuführen. Er appellierte an die Mitglieder, doch an die Gewinnung der uns fernstehenden Kolleginnen mitzuhelfen. Nach Verlesung der Abrechnung vom dritten Vierteljahr berichtete der Grafen und Barone und bemerkte hierbei, daß die Auswirkung der Notverordnung auch die Tabakarbeiter von Schlesien zu spüren bekämen. Wenn es bis jetzt möglich war, einige geplante Lohnabzüge abzuwehren, so ist dies nur dem geschlossenen Auftreten der organisierten Kolleginnen und den Funktionären der Organisation zu verdanken. Notwendig ist jetzt, dafür Sorge zu tragen, daß die Organisation in jedem Betriebe so gestärkt wird, daß jeder Ansturm der Fabrikanten von vornherein abgeschlagen werden kann. Zum 21. Verbandstag erklärten sich die Versammelten mit dem von den Verbandsinstanzen vorgeschlagenen Antrage betreffs Einführung einer neuen Beitragsklasse zu 35 Pf. einverstanden. Von der Aufstellung eines Kandidaten zur Verbandstagswahl wurde Abstand genommen und beschlossen, bei der Wahl der Delegierten am 24. Oktober für die Kollegin Frieda Jorgall (Ochlaw) einzutreten. Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Berband schloß Kollege Nowak die Versammlung.

Ochlaw. Am 3. Oktober fand im Gasthaus „Zum weißen Roß“ eine Mitgliederversammlung statt. Gauleiter Kollege Langner referierte über die Auswirkungen der letzten Lohn-Notverordnung und über den Abwehrkampf bei der Firma August Deter. Mit scharfen Worten geißelte er das Verhalten der Unternehmer, welche in dem augenblicklich bestehenden Regierungssystem Morgenluft wittern. Ebenso die in lügenhafter Weise betriebene Zerlegungsarbeit der AD und AGD in diesem Abwehrkampf. Als Vertreter des ADGB sprach Kollege Hertzschneider über den Umbau der Wirtschaft. Beide Vorträge wurden von den Mitgliedern mit großem Beifall aufgenommen. Sodann wurde Stellung genommen zum Verbandstag, als Delegiertin wurde Kollegin Frieda Jorgall und als Erfahrperson Kollegin Marta Bökel einstimmig vorgeschlagen. Im Schlusswort feuerte die Vorsitzende Kollegin Jorgall die Mitglieder nochmals an, fester denn je zur stürmerproben Fahne der Organisation zu halten, die uns noch Fernstehenden einzugliedern in die Kampffront, damit jeder Ansturm der Unternehmer auf Lohnraub abgewehrt werden kann. Es gelte, einzig und allein der Parole unserer Gewerkschaftsführer zu folgen und nicht den leeren Phrasen der AGD, denn nur die Organisation allein kann durch wahre Tat helfen. Mit einem begeisterten „Freiheit“ wurde die Versammlung geschlossen.

Schöned. Am 4. Oktober fand im Ratskeller eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Fieder behandelte die neue Notverordnung, welche auf der einen Seite Riesengeschenke an das Unternehmertum und auf der andern Seite Lohnabbau für die Arbeiterschaft enthält. Mit großer Entrüstung wurden die Ausführungen über die Notverordnung aufgenommen und die Entschickung der sächsischen Bezirksleiter und Ortsgruppenführer des ADGB. gutgeheißen, in welcher zum Ausdruck kommt, daß alle Betriebsfunktionäre alle Vorgänge in den Betrieben, die auf eine Anwendung der Lohnsenkungsverordnung hindeuten, genau zu beachten und unverzüglich ihrer zuständigen Gewerkschaft mitzuteilen haben, damit geeignete Abwehrmaßnahmen eingeleitet werden können. Der Vorsitzende forderte sodann nochmals auf, jede Veränderung in den Betrieben sofort der Ortsverwaltung zu melden und einer etwaigen Lohnabbauankündigung den größten Widerstand entgegen zu setzen; denn wir Tabakarbeiter haben bereits in diesem Jahre einen zweimaligen Lohnabbau hinnehmen müssen. Die Versammlung vertritt nach wie vor die Meinung, daß durch die dauernden Lohnsenkungen die Kaufkraft der breiten Massen immer mehr geschwächt wird. Der Vorsitzende behandelte noch die Verordnung über Erhebung der Bürgersteuer für das letzte Vierteljahr 1932, welche auch das nächste Jahr erhoben wird. (Die Betriebsräte hatten am 3. Oktober ebenfalls in einer gutbesuchten Versammlung zu der Notverordnung Stellung genommen.) Als Kandidaten zur Delegiertenwahl für den 21. Verbandstag wurden Kollege Max Fieder und Kollegin Olga Strobel vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Zum Schluß wurden noch verschiedene Angelegenheiten erörtert, u. a. wurde beschlossen, betreffend der Beitragsfrage keine Anträge an den Verbandstag zu stellen, da die Anträge der Verbandsinstanzen gutgeheißen werden können. Mit einem Appell an die Kollegenschaft, dem Deutschen Tabakarbeiter-Berband die Treue zu bewahren, schloß der Vorsitzende die gutverlaufene Versammlung.

Bekanntmachungen

Am 15. Oktober ist der 42. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 30. September. Danzig 100.—
 - 1. Oktober. Steindorf 20.05, Lauffen 164.50, Soest 30.—
 - 3. Emmendingen 49.53, Rothheim 252.65, Dingelstädt 70.45, Schöned 200.—, Wittenberge 18.20, Hoffenheim 40.90, Leipzig 400.—, Peterswaldau 15.05, Wanzen 160.—, Baieratal 31.10, Winkingerode 11.55, Helmershausen 171.50.
 - 4. Dühren 24.50, Kaiserslautern 72.—, Neuhütten 3.15.
 - 5. Untergruppenbach 45.—, Helmstedt 17.05, Goslar 25.65, Trebnitz 45.95, Waienfels 2.10.
 - 6. Rellingen 25.—, Hannover 600.—, Eienach 53.90.
 - 7. Ermschwerdt 14.75, Bad Orb 3.70, Wanzfried 300.—
 - 8. Breslau 600.—, Dresden 500.—
- Bremen, 11. Oktober 1932. J. Krohn.

Billige böhmische Bettfedern



Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiße 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Rupfedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei.

Umtausch und Rücknahme gestattet
Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245
bei Pilsen (Böhmen)

Mensch und Wirtschaft

Die Gegner der Sozialpolitik bilden heute eine geschlossene Phalanx. Sie sind sich darüber einig, daß der Mensch hinter der Wirtschaft zurückzutreten habe. Man sieht durch die Brille einer solchen Wirtschaftspolitik den Arbeiter, namentlich den, der infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität usw. von der Allgemeinheit unterstützt werden muß, als ein notwendiges Uebel an.

Es sind verschiedene Gründe, die die Front der Sozialreaktionäre zusammenhalten. Voran die Unternehmer, die in der Hauptsache aus materiellen Gründen Gegner der heutigen Sozialpolitik sind. Ihnen zur Seite stehen liberale Individualisten alten Schlages, die grundsätzliche Gegner einer von Staats wegen betriebenen und geförderten Sozialpolitik sind. Wieder eine andere Gruppe ist der Meinung, daß in einer Zeit, wo die Wirtschaft als ganzes vollständig daniederliege, die Leistungen der Sozialpolitik notwendigerweise eine Beschränkung erfahren müssen. Zu dieser Kampffront gegen die Sozialpolitik treten als letzte jene konservativen Elemente, die gegen den Wohlfahrtsstaat wettern und im Grunde Anhänger einer patriarchalischen Fürsorge der Reichen sind.

Die Gegner der Sozialpolitik stimmen weitgehend darin überein, daß der Mensch der Wirtschaft weichen und nicht die Wirtschaft der Menschheit weichen soll. In Wirklichkeit ist der Mensch das Maß aller Dinge. Die Wirtschaft, wie sie von den meisten verstanden wird, ist zum Herren über die Menschheit geworden. Der amerikanische Staatsmann Owen Young hat vor einigen Jahren einen Artikel veröffentlicht, der folgende Wahrheiten zum Ausdruck brachte:

Wir müssen begreifen, daß Politik und Wirtschaft nicht die Herren der Menschen sind, sondern ihre Diener. Die Leiter beider aber denken oft und handeln auch manchmal so, als ob die Menschen bloß das Material für ihre politischen und wirtschaftlichen Mühlen wären. Ich betrachte Wirtschaft und Politik in keinem Sinn als Ziele um ihrer selbst willen. Hinter ihnen stehen vielmehr Millionen menschlicher Antlitze, junge und alte, wohlhabende und bedürftige, wohlthätige und egoistische, edle und mißgünstige, doch alle nicht nur in ihrer wirtschaftlichen, sondern auch in ihrer kulturellen und geistigen Entwicklung lebhaft berührt durch diese Organisationen, die politischen wie die wirtschaftlichen, die sie sich selber auferlegt haben. So lange diese in ihrem Dienste wirken, können wir Fortschritte machen, und die Vorteile, welche die Kultur uns gebracht hat, ernten. In diesen Tagen einer sich verengenden Welt können die Menschen nicht in solche geschieden werden, denen es gut geht, und in solche, denen es schlecht geht, es kann nicht der eine vorwärts schreiten und der andere zurückbleiben. Die Menschen müssen in allem zusammenhalten, im Guten und im Bösen. So müssen ihre Dienerinnen, Politik und Wirtschaft zusammengehen, und zwar nicht bloß in einem Lande, sondern überall.

Wenn jeder Politiker nach solchen Anschauungen handeln würde, gäbe es keinen Streit darüber, ob der Mensch oder die Wirtschaft den Vorzug verdient. Die moderne Zeit hat die menschliche Gesellschaft in ein Chaos verwandelt, weil das Besitzmoment allem anderen übergeordnet ist. Zwei Schichten stehen sich in jedem Lande heute diametral scharfer denn je gegenüber: die eine, die die Produktionsmittel besitzt und in ihrem Sinne anwendet, und die andere, die in dieser

Sichtungslos ist und sich deshalb gegenüber der andern in ein Abhängigkeitsverhältnis begeben mußte. Die Gewerkschaften sind geschaffen worden, um die Schwäche der besitzlosen Klasse durch Zusammenfassung aller Kräfte auszugleichen. Der einzelne unter den Besitzlosen ist gegenüber jenen, die die Produktionsmittel besitzen, vollständig machtlos. Nur organisatorisch verbunden mit seinen Klassengenossen bildet er eine Macht, mit deren Hilfe er sich im Daseinskampf behaupten kann.

Die Gewerkschaften sehen in dem Menschen das höchste Gut der Wirtschaft, zu dessen Gunsten alles andere zurückzutreten hat, und zwar nicht den Menschen schlechthin, sondern jene Gruppe, die nach dem Worte von Adam Smith mit ihrer Hände Arbeit die „Grundlage des Wohlstandes der Nationen“ bildet. Wirtschaft und Politik sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck oder wie Owen Young sagt, Dienerin der Menschheit. Da aber Wirtschaft und Politik zugleich Machtinstrumente sind, muß die Arbeiterklasse versuchen, sich dieser zu bemächtigen. In einem demokratischen Lande geschieht dies dadurch, daß die Hand- und Kopfarbeiter über das Parlament den Staat zum Wohle der arbeitenden Klasse zu lenken versuchen. Daneben muß das Bestreben dahin gehen, die Wirtschaft maßgebend zu beeinflussen durch die Gewerkschaften und eine mit staatlichen Machtmitteln gestützte Sozialpolitik. Wenn sich alle Arbeiterinnen und Arbeiter in diesem Gedanken zusammenfänden, würde die herrschende Anschauung, daß die Wirtschaft dem Menschen übergeordnet ist, bald überwunden sein.

(Nachdruck verboten)

Tal Eden

Erzählung von Anna Mosegaard

„Ja, Ruth,“ nahm der Maler wieder das Wort, „dann ist es doch wahrlich die höchste Zeit, daß du dich wo anders einquartierst.“ Er lachte laut und lustig auf. „Aber erlaube mal, Kleine, mein Atelier ist doch keine Wochenstube!“

„Weiter hast du mir nichts zu sagen?“ hauchte Ruth.

„Gott, was soll ich sagen. Natürlich ist's mein Kind, für das ich sorgen werde. Frau Wachtelmann kann dir in allem beistehen, bis du in Ordnung bist, sie soll dir eine geeignete Pflegerin suchen. Jetzt will ich aber schlafen, Ruth, morgen können wir dann weiter sehen. Gute Nacht, Liebling!“ Er suchte sie zu küssen, Ruth aber entzog sich ihm. Dann aber warf sie sich mit wildem, ungestümem Schmerz an seine Brust: „Gute Nacht, Hans! Gute Nacht!“

III.

Im Harz lag der erste Schnee. Sehr früh schon hatte diesmal der Winter seine Herrschaft angetreten. Zwei Tage und zwei Nächte fiel ununterbrochen Schnee. Er deckte die Felder mit einer weichen, weißen Decke zu, setzte den Gartenpfählen weiße Köpfcchen auf und ließ sich die Nadelbäume biegen draußen unter seiner Last. Tal Eden lag gänzlich begraben im Schnee. Wochen vergingen, ehe sich einmal ein Mensch dorthin verirte. Die Wirtin war merklich gealtert in der kurzen Zeit. Sie litt an der Gicht. Die hatte ihr die Glieder steif gemacht und die fleißigen Finger gekrümmt, daß sie nicht mehr so recht zufassen konnte.

Die Rieke war fast gänzlich verblödet. Wie eine Maschine mechanisch in Gang gesetzt wird, verrichtete sie ihre Arbeit; war die erledigt und der Hunger gestillt, dann saß sie am Fenster, stierte unermüdet auf die verschneiten Felder, bis ihr die Augen zufielen. Die Wirtin hatte ihren Platz an der Ofenbank. Dort saß sie stundenlang und las in der Bibel, bis ihr der Kopf immer tiefer sank und

die Hornbrille von der Nase rutschte, dann herrschte Kirchhofruhe. Man hörte nur das Atmen der Schlafenden und das Schnurren des schwarzen Katers, der neben der Wirtin seinen Platz hatte.

Heute aber kündete ein Brummen vom Fenster her, daß die Rieke nicht schlief. Sie hatte draußen, weit ab im Schnee, einen schwarzen Punkt entbedet, der kam näher und näher; als er soweit war, daß die Rieke sich sagte, es ist ein Mann oder eine Frau, die nach Tal Eden will, ging sie zur Ofenbank und wedete die Mutter.

„Hel! Hel!“ rief sie, „Gäste!“

„Unfinn,“ knurrte die Alte, stand aber dennoch auf; schwerfällig auf ihren Stock gestützt, humpelte sie ans Fenster.

„Wahrhaftig! So ein Blödsinn!“ Wer konnte das sein? Eine Frau, wie es schien. Und was für Mühe die hatte, sich durch den Schnee zu arbeiten! Dummes Weibsbild! Mochte sie doch zu Hause bleiben!

Trotz dieser ihrer Meinung hieß sie Rieke hinausgehen, damit sie etwas Bahn mache.

Reichsarbeitsminister diktiert Friedenspflicht

Wiederholt sind im „Tabak-Arbeiter“ die Gründe dargelegt, aus denen die Gewerkschaften eine Friedenspflicht gegenüber dem nach der Verordnung vom 5. September zulässigen Lohnabbau durch die einzelnen Arbeitgeber verneinen. Diese Gründe sind bisher in keinem Punkt widerlegt. Kein deutsches Gericht hat bis heute in der eigentlichen Streitfrage gegen die Gewerkschaften entschieden, geschweige denn, daß eine höchstgerichtliche Entscheidung vorläge.

Der Reichsarbeitsminister hat es trotzdem für angezeigt gehalten, seine, der Auffassung der Gewerkschaften entgegenstehende Meinung nunmehr in einer Verordnung niederzulegen, die unterm 3. Oktober 1932 als „Dritte Verordnung zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ erlassen worden ist und folgenden Wortlaut hat:

Auf Grund der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 (RGBl. I S. 433) § 13 Abs. 2 wird verordnet:

§ 1

Die Erfüllung des Arbeitsvertrages nach Maßgabe der Verordnung vom 5. September 1932 gilt als dem Tarifvertrag entsprechend. Kampfmaßnahmen einer Tarifvertragspartei gegen die Durchführung der Verordnung durch eine andere Tarifvertragspartei oder eines ihrer Mitglieder gelten als Verletzung des Tarifvertrages.

§ 2

Die Verordnung tritt mit Rückwirkung auf den 15. September 1932 in Kraft.

Berlin, den 3. Oktober 1932.

Der Reichsarbeitsminister Schäffer.

Was ist durch diese Verordnung an der bisherigen Rechtslage geändert worden? Wir erklären eindeutig: nach unserer Auffassung nicht das mindeste!

Die Verordnung vom 5. September gestattet dem Arbeitgeber eine verminderte

Erfüllung der sich aus dem Tarifvertrag ergebenden arbeitsvertraglichen Verpflichtungen. Die Verordnungen vom 4. und 5. September geben aber dem Reichsarbeitsminister nicht das Recht, diese Erfüllung des Arbeitsvertrages als „dem Tarifvertrag entsprechend“ zu bezeichnen, noch viel weniger das Recht, eine Schadenserzugspflicht der Gewerkschaften bei Kampfmaßnahmen gegen die Durchführung der Verordnung zu konstruieren.

Ob eine Friedenspflicht gegenüber den Lohnkürzungsmaßnahmen der Arbeitgeber besteht, bleibt vielmehr nach wie vor eine Frage, die ausschließlich unter den Gesichtspunkten der Haftung aus den zwischen den Tarifparteien geschlossenen kollektiven Abkommen zu beurteilen ist. Der Tarifvertrag verpflichtet die Gewerkschaften aber nur zur Friedenspflicht gegenüber dem ursprünglichen vertraglichen Inhalt, nicht zur Duldung einer vom Tarifvertrag abweichenden Erfüllung der arbeitsvertraglichen Verpflichtungen.

Die Verordnung des Reichsarbeitsministers ist daher weder, wie in der offiziellen Pressemitteilung gesagt, eine „Klarstellung“, noch wird sie „in den beteiligten Kreisen jeden Zweifel über die Rechtslage ausschließen und unnötige Streitigkeiten und Prozesse vermeiden“.

Klargestellt ist nur, daß der Reichsarbeitsminister eine andere Meinung vertritt als die Gewerkschaften — was wir aber auch bisher schon wußten —; die Rechtslage wird von den Gewerkschaften genau so beurteilt wie zuvor. Streitigkeiten und Prozesse werden darum bei der nach wie vor strittigen Rechtslage wohl auch in Zukunft nicht zu vermeiden sein.

Besonders bemerkenswert ist, daß der Reichsarbeitsminister seiner Verordnung sogar rückwirkende Kraft gegeben hat. Würde die Verordnung also Gültigkeit haben, was wir entschieden bestreiten, so würden Schadenserzugsansprüche gegen die Gewerkschaften sogar für die Vergangenheit geltend gemacht werden können.

Notverordnung und Recht

Die Gewerkschaften kämpfen gegen die Notverordnungen an, denn es sind die Notverordnungen des größten sozialen Unrechts. Sie schreien jedem Menschen von Rechtsgefühl ins Gesicht, und selbst der Gleichgültigste merkt jetzt auf.

Aber sind nicht Paragrafen stets der Ausdruck der Wirtschaftsordnung gewesen? Hüten sie denn nicht immer, aus dem Wesen der Ordnung heraus, einseitig „Recht“? Das Recht dieser Zeit? Stellen sie nicht so oft die Sache über den Menschen?

Zeigen sie nicht, aus dieser Welt des Herrrentums heraus geboren, so wenig Verständnis für Menschen, Umwelt und Not?

Nur die Freiheit kann das heilige Recht gebären. „Recht ist Freiheit nach einem Gesetz“, sagte Fichte schon. Nur wenn der Mensch frei ist und alle frei sind in Menschengleichheit, kann Recht sein.

Nicht nur jetzt kämpfen die Gewerkschaften gegen die unsozialen Paragraphen. Sie kämpften schon immer für Recht. Sie kämpften für das Menschenrecht des Gesetzes, wenn sie aufstehen zur Ueberwindung des Klassenstaats.

Ihr Weg ist die Demokratisierung der Wirtschaft, und ihr Ziel ist auf solchem Boden der Menschengleichheit das neue Gesetz, das die Gerechtigkeit nicht nur am Menschen.

Die Gestalt kam näher, sichtlich ermattet erreichte sie Tal Eden und drückte der erstaunten Rieke die Hand für ihre Hilfeleistung. Die starrte mit blödsinnigem Grinsen die elegante, pelzverbrämte Dame an, wie sie ins Haus trat und direkt nach der Schenkstube ging. „Guten Tag, Großmutter!“ hörte sie die Fremde sagen.

Die Wirtin stützte, dann rückte sie die Hornbrille höher auf die Nase und besah sich den Gast: „Bist du das, Ruth?“

„Ja, Großmutter. Laß mich bitte schnell gehen, ich bin so ermattet von dem Weg, stellenweise ging mir der Schnee bis an die Knie.“ Erschöpft ließ sich Ruth auf die Ofenbank nieder.

„Also du bist's, Ruth!“

„Großmutter, ich habe ja nicht vergessen, daß mir in der Not Tal Eden offen steht.“

„Na, daher pfeift der Wind“, war die nicht gerade ermunternde Antwort.

Eine peinvolle Pause entstand.

Ruth hatte ihr Pelzbaret abgenommen und neben sich gelegt, auch den kost-

baren Pelzkragen gelüftet. Fiebertöte brannte auf ihren Wangen.

„Na, dann nimm man das nasse Zeug ab. Rieke soll dir eine Tasse heißen Fließtee machen“, nahm die Großmutter wieder das Wort.

„Ich danke dir vielmals, Großmutter.“

„Hat er dich gehen heißen?“

„Nein, ich bin von selbst gegangen.“

„Hat es was gegeben?“

„Nein, Großmutter, — aber ich“ — — —
Bewirrt schlug Ruth die Augen nieder, aber nur einen Moment, dann sah sie offen der Greisin ins Auge: „Großmutter, du wirst nun bald Urgroßmutter werden.“

Hochaufgerichtet stand die Greisin vor der Enkelin. Mit harter Gebärde zeigte sie mit dem Krückstock auf das heilige Buch, das offen neben ihr gelegen. „Also hat dies Buch als Patin dir auch nichts genügt!“ Ruth lächelte müde. „Nein, Großmutter, gegen das Schicksal wehrt man sich vergebens.“

„Wann wird es sein?“

„Im April oder Mai, denk ich.“

„Es freut mich, Ruth, daß du wenigstens offen bist, deine Mutter hats verleugnet bis auf den letzten Tag.“

„Was würde mir das helfen?“

„Wird er dich heiraten?“

„Nein.“

„Wer ist's?“

„Jener, der mich damals von hier fort holte.“

„Also der!“ Schriß und hart lachte die Greisin auf. — — —

„Wie wird er sich stellen?“

„Er wird sorgen für sein Kind.“

„Und du?“

„Gott ich“ — Ruth versuchte gleichgültig dreinzuschauen, aber die Tränen ließen sich nicht gebieten, zwei große Tropfen hingen an ihren Wimpern, das war der Großmutter nicht entgangen.

„Also das alte Lied!“ Schwer und hart stampfte der Krückstock den Fußboden. „Tal Eden! Tal Eden! Fluchbeladenes Tal Eden!“ Mit einem Grimme sprach die Greisin diese Worte in einem solchen mächtigen Zorn, daß Ruth ganz selbstsam zumute ward.

Was man im Rundfunk nicht sagen darf

Kollege Wilhelm Eggert, der auf unserem 21. Verbandstag in Bremen einen Vortrag über die Lage der Weltwirtschaft halten wird, sollte am 23. September nach dem Programm der Deutschen Welle einen Rundfunkvortrag über „Die Gewerkschaften in der Krise“ halten. Doch Wilhelm Eggert denkt und die Rundfunkzensur des neuen Systems lenkt. Sie verlangte von unserem Kollegen eine Reihe von ihm eine Reihe von Streichungen, die er mit Recht abgelehnt hat.

Nachdem der Kollege Eggert die Senkung der Löhne und der tatsächlichen Arbeitsverdienste seit Anfang 1931 geschildert und darauf hingewiesen hat, daß sich die Realkaufkraft der Arbeitnehmer um rund ein Drittel verminderte, nahm der Zensor an den folgenden Sätzen Anstoß:

Dieser Ausfall an Kaufkraft könnte verringert werden, wenn die Staatsmacht sich den Mahnungen und Forderungen der Gewerkschaften nicht verschlossen hätte.

Indem sie aber durch ihre Schlichtungsbehörden die Senkung der Löhne und Gehälter erzwang, leitete sie den Deflationsprozeß ein, der nach gewerkschaftlicher Anschauung entscheidend zur Verkümmern des Binnenmarktes und zum weiteren Anschwellen der Arbeitslosigkeit beitrug.

Die Glanzleistung des Zensors dürfte in folgendem liegen. Kollege Eggert schildert das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften. Er spricht von den Aufgaben der Straßenerhaltung, des Straßenbaues, der landwirtschaftlichen Meliorationen, Siedlungen, Reichsbahnaufträgen usw. und sagt dann,

das seien die Arbeitsgebiete, die erschlossen werden müßten durch den Staat, weil die privatkapitalistische Wirtschaft nicht fähig sei, das Arbeitslosenproblem zu lösen.

Der Zensor streicht:

„Großmutter, gräm dich nicht“, bat sie weich und flehend, „ich will alles wieder gutmachen, wenn es nur erst wieder vorbei ist.“

Und es ging vorüber.

In der Maiennacht, in der nach der Sage die höllischen Geister ihren tollsten Spuk treiben, in der Maiennacht, wo die Hexen auf den Besen reitend durch die Lüfte fahren, um sich auf dem Blocksberge ein Stelldichein zu geben, hielt Hans Hagens Sohn Einzug in die Welt. Und zwar mit einem Geschrei, das seinesgleichen suchte. Die Wehmutter meinte lachend: „Dem Kerlchen paßt die Umgebung gewiß nicht.“ Ruth wandte müde das bleiche Angesicht nach der gekalkten Wand und schluchzte: „Das Kind ruft nach dem Vater!“

Da sie selbst zu schwach zum Schreiben war, bat sie die Hebamme, doch sofort dem Vater von der Geburt seines Sohnes Nachricht geben zu wollen. Die Wirtin von Tal Eden zeigte viel mehr Milde und Ergebenheit, als sie Urgroßmutter geworden war, denn damals, als sie die Marie zur Großmutter gemacht hatte.

weil die privatkapitalistische Wirtschaft nicht fähig sei,

wodurch die auch so fähige privatkapitalistische Wirtschaft vor einer schweren Gefahr gerettet ist. Wir nehmen an, daß der Zensor demnächst nicht mehr gestatten wird, anzugeben, wieviel Arbeitslose es in Deutschland gibt.

Nach der Darlegung des gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms hat der Kollege Eggert dieses Programm dem Plan der Papen-Regierung gegenübergestellt und dazu bemerkt:

Die soziale Ungerechtigkeit im Plane der Reichsregierung erzeugt im Arbeitnehmer eine Verbitterung, die im Zusammenhang mit dem Druck auf die Löhne und Gehälter zu noch stärkeren Spannungen und zu wirtschaftlichen Kämpfen führen kann.

Diese Kritik samt der Darstellung des Planes streicht der Zensor. Zum Schluß muß der Umbau der Wirtschaft, wie er dem gewerkschaftlichen Programm entspricht, im Rundfunk streng diskret behandelt werden. Das gesamte Programm der Gewerkschaften wird einfach gestrichen. Kommen doch darin folgende Sätze vor:

Deutschland muß ein demokratischer Staat bleiben und die demokratische Staatsgewalt muß entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaft ausüben, um sie zum Wohle der Allgemeinheit zu lenken.

Die gewerkschaftlichen Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft wollen im Kampfe um die künftige Wirtschaftsgestaltung in Deutschland Waffe und Wegweiser sein. Den hier gezeigten Weg können mit der Arbeiterschaft alle jene Bevölkerungsschichten gehen, denen das privatkapitalistische Wirtschaftssystem die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz entzogen hat, die aber noch Kraft und Willen besitzen, am Aufbau der deutschen Zukunft mitzuarbeiten.

Der Zensor schlug an Stelle dieser Programmschilderung die folgende „Entbillung“ vor:

Vielleicht könnte man den Vortrag durch einen allgemeinen Satz abschließen, daß die Gewerkschaften, insbesondere der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, grundsätzlich sich für eine neue Wirtschaftsordnung einsetzen.

Diese Feststellung schien dem Zensor wohl das Höchste, was man den Nerven der Rundfunkhörer zumuten dürfte. Man vergleiche damit, was an nationalsozialistischer Propaganda durch den Rundfunk verbreitet werden durfte, und man hat ein gutes Bild von dem neuen Kurs und seiner Einstellung zu den Gewerkschaften. Es wäre jedoch ein verhängnisvoller Irrtum, wenn die Rundfunkzensoren annehmen sollten, mit ihren kleinsten Maßnahmen die Wahrheit unterdrücken und den Kampf der Gewerkschaften für eine bessere Wirtschaftsordnung verhindern zu können.

Der Frauenüberschuß in den Großstädten

In den Großstädten gibt es mehr Frauen als Männer. Wie stark das Uebergewicht der Frauen ist, dafür einige Beispiele: Auf 1000 Männer entfallen Frauen in Berlin 1177, London 1149, Paris 1195, Budapest 1192, Wien 1169 und Warschau 1185. Die genannten europäischen Hauptstädte haben also gleiche

Bevölkerungsstruktur. Der Frauenüberschuß ist besonders in den Ländern stark, die am Weltkrieg beteiligt waren. Am größten ist der Ueberschuß an Frauen in dem Lebensalter von 20 bis 50 Jahren. Die oben mitgeteilten Ziffern rücken das Problem der Frauenarbeit in einen besonderen Gesichtskreis.

Alle Truhen und Schränke kramte sie aus nach Kinderzeug und dergleichen, obwohl Ruth für alles reichlich gesorgt hatte. Auch hatte sie immer eine Tasse Kaffee bereit, wenn die Hebamme kam, das Kind zu waschen. Das war ein Zeichen, daß die Wirtin gut gelaunt war.

Hans Hagen hatte sich nicht lumpen lassen; wagte er auch Ruth kein Geld anzubieten, so hatte er der Großmutter eine reichlich bemessene Abfindungssumme anweisen lassen. Als Ruth davon erfuhr, meinte sie heiße Tränen. Aber am zehnten Tage nach der Geburt des Kindes stand sie frisch und gesund, scheinbar sogar recht zufrieden mit ihrem Los, in der Schenkstube. „So, Großmutter, nun lös ich dich ab von deiner Arbeit. Hast dich lang genug geplagt und geschunden. Wenn du magst, kannst ja mal nach dem Kleinen sehen.“

Mißtrauisch sah die Greisin Ruth an.

„Kannst es schon glauben, Großmutter, ich fühle mich gesund und kräftig, und du sollst sehen, daß ich da draußen das Arbeiten nicht verlernt habe.“

„Soll mich freuen, Ruth“, sagte die

Greisin schlicht, „die Arbeit ist noch immer die beste Medizin für alles Herzeleid gewesen.“

„Großmutter, ich hab gemeint, daß wir gleich Sonntag den Jungen taufen lassen, dann ist's vorbei. Fritz soll er heißen.“

„Fritz!“, die Alte horchte auf. „Ist recht, Ruth, wirst auch schon nicht schlecht fahren dabei, wenn du ihm den Namen deines seligen Großvaters gibst. Aber hast du auch daran gedacht, daß du erst deinen Kirchgang machen mußt?“

Im Dorfe war es seit Menschengedenken Sitte gewesen, daß der erste Gang der Mutter nach der glücklich überstandenen Geburt zur Kirche führte. Ruth runzelte die Stirn: „Ich weiß nicht recht, die Leute sollten denn meinen, ich freue mich, mich unter ihnen sehen zu lassen. Auch gut; besorge ich Sonntag alles in eins. Nach dem Gottesdienst könnt ihr mir das Kind bringen, damit ich's taufen lasse.“

Und so war es.

Die Dörfler waren nicht wenig erstaunt, Ruth in ihren Reihen, anstatt auf der „Sünderbank“, der Bank der unrechten Mütter, sitzen zu sehen. Bei der

Was blieb von der Arbeitslosenversicherung übrig?

Nach Auffassung der Papen-Regierung und der Leute, die in ihrem Namen Gesetze machen, gibt es immer noch eine Arbeitslosenversicherung. In den Gesetzen und Verordnungen wird nach wie vor zwischen Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und öffentlicher Fürsorge unterschieden. Prüft man aber einmal nach, wie diese sogenannte Arbeitslosenversicherung seit der Notverordnung vom 14. Juni d. J. aussieht, so merkt man bald, daß im Ernst von einer Sozialversicherung überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann, sondern daß sich hinter diesem Namen eine Unterstützungseinsparung verbirgt, die vielfach schlechtere Leistungen gewährt als die öffentliche Fürsorge, die Nachfolgerin der früheren Armenfürsorge.

Sehen wir uns zunächst einmal die Unterstützungsleistungen an, die ein Arbeitsloser in dieser Versicherung in den ersten sechs Wochen des Unterstützungsbezugs, also in der Zeit, in der er noch nicht bis auf Herz und Nieren der Hilfsbedürftigkeitsprüfung unterliegt, erhält. Dabei muß man davon ausgehen, daß die Unterstützungen in den verschiedenen Ortsklassen verschieden hoch sind. In einer Kleinstadt beispielsweise also viel niedriger als in einer Großstadt. Nach den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen wird bei dieser verschiedenen Bemessung nicht gefragt. Es kann vorkommen, daß in einem kleinen Ort, durch den die Eingemeindungsgrenze hindurchläuft, der auf der einen Straßenseite wohnende Teil der Arbeitslosen die großstädtischen Unterstützungsätze, der auf der anderen Straßenseite wohnende Teil die ländlichen Unterstützungsätze erhält.

Die Papen-Regierung hat aber nicht nur dieses weisse Unterstützungssystem eingeführt, sie hat auch die von Brüning schon erheblich reduzierten Unterstützungsätze noch weiter heruntergedrückt. So erhielt ein Arbeitsloser mit einem Durch-

schnittsverdienst von 33 M bis zur Notverordnung vom 14. Juni 1932 mit Frau und zwei Kindern 16,50 M, und zwar auch dann, wenn er weniger als 52 Wochen gearbeitet hatte. Er bekommt heute in der Sonderklasse und der Ortsklasse A, also in den Großstädten, 13,80 M, in den Ortsklassen B bis E mit mehr als 10 000 Einwohnern 12,60 M, in den Ortsklassen B bis E mit 10 000 Einwohnern und weniger 10,50 M.

Ein lediger Arbeitsloser mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von 45 M erhielt bis zur Notverordnung, wenn er 52 Wochen gearbeitet hatte, 13,50 M wöchentlich, bei weniger als 52 Wochen Arbeit 12,68 M. Er erhält heute in der ersten Klasse 9,90 M, in der zweiten Klasse 8,40 M und in der dritten Klasse 7,25 M.

Ein verheirateter Arbeitsloser ohne Kinder mit einem Durchschnittswochenlohn von 63 M erhielt bis zur Notverordnung bei 52 Wochen Arbeit 22,05 M, bei weniger als 52 Wochen Arbeit 18,45 Mark. Er erhält jetzt in der ersten Ortsklasse 14,40 M, in der zweiten Klasse 12,30 M und in der dritten Klasse 10,30 M.

Diese kümmerlichen Sätze erhält der Arbeitslose ganze sechs Wochen lang. Er gibt alsdann die Hilfsbedürftigkeitsprüfung, daß er in der Fürsorge der Gemeinden einen geringeren Satz als den vorher bezogenen erhalten würde, so bekommt er von nun ab ohne Rücksicht auf seine Lohnklasse nur diesen geringeren Satz, wenn er nicht infolge der Hilfsbedürftigkeitsprüfung mit Hilfe aller möglichen und unmöglichen Anrechnungsvorschriften ganz aus der Unterstützung herausgedrängt wird. Hätte er aber in der gemeindlichen Fürsorge einen höheren Satz als den bisher bezogenen Lohnklassensatz zu beanspruchen, so bekommt er nur den geringeren Lohnklassensatz meiter.

So etwas nennt die Papen-Regierung „Vereinfachung und Verbilligung sozialer Einrichtungen“. Nach der Notverordnung vom 4. September d. J. hat sie das Recht, derartige Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung auf allen Gebieten des sozialen Lebens durchzuführen. Sie wird es tun — zweifellos — wenn nicht das Volk bei der nächsten Wahl ein Weiterregieren im Papenschen Sinne ein für allemal unmöglich macht.

Hütet die Freiheit!

Revolutionen zeugen von dem ungeheuren Kraftgefühl der Seele der Menschen. Sie leben lange Zeit friedlich dahin. Jahrzehnte, Jahrhunderte. Doch dann bebt eines Tages die Seele. Dann schäumt sie über, und wir ahnen unermessliche Tiefen.

Der Mensch ist nicht so, wie er im Alltag erscheint. Da im Revolutionären erkennen wir seine tiefste Seele. Da zeigt er die Urkraft von sich selbst.

Ein Vulkan ist der Mensch, und wer nicht rechnet mit der vulkanischen Tiefe seiner Freiheit, der rechnet falsch.

Und wenn Millionen verirrt, mißleitet,

heute auch dem Kraftwort vom Diktator folgen: die Fülle persönlicher Kraft und persönlichen Willens ist nur in jedem einzelnen selbst. Nur Demokratie ist der Rahmen, der die vulkanische Tiefe ungehindert hervorbrechen läßt als Freiheit des einzelnen.

Frei sein! Seit Jahrtausenden besungen! Jetzt vom Volke praktisch erkannt! Die Demokratie ist der Wirklichkeitsboden der Freiheit. Und einer großen Revolution der Freiheit gedenken, heißt, geloben, gerade heute: Wir hüten und schützen die Demokratie!

Dr. Gustav Hoffmann.

heiligen Handlung hielt sie sogar ihr Kind selbst und empfing als junge Mutter den Segen des Herrn, der bisher nur verheirateten Müttern zugestanden hatte.

Ihr Kindchen im Arm, ein heiteres Lächeln in ihrem schönen Gesicht, schritt sie hochaufgerichtet durch die Menge der Gaffenden in den lachenden jungen Maientag, den blumigen Wiesenpfad entlang, der nach Tal Eden führte.

Das Kind wuchs und gedieh prächtig. Das verbitterte Gesicht der Großmutter hellte sich auf, wenn der kleine Zappelgeist ihr auf dem Schoße lag, mit seinen dicken ungeschickten Fingern nach der Hornbrille faßte und dabei die Nase erwischte. Und oft, wenn Ruth hungrig und schmitzend vom Felde kam, ihr großes Glas Milch und eine mächtige Butterstulle bereit fand, beides mit dem größten Behagen verzehrte, ihr Kind nebenher stillte und sich über das gierige Schlucken des Kleinen amüßerte, sagte sie mit leuchtenden Augen: „Großmutter, jetzt tauschte ich mit niemand!“

Im neunten Monat trippelte der Kleine schon an der Hand der Großmut-

ter einher, der so gefürchtete Winter, der langweilige, grimmige Geselle, konnte den vier Menschen in Tal Eden keinen Schrecken mehr bereiten. Fritz konnte sie schon alle fortwährend in Bewegung setzen. Der kleine Blondkopf lief seinem Jahr entgegen und war bald der Urgroßmutter Liebling.

Eines Abends, der kleine Fritz schlief schon fest in seinem blau karierten Bettchen, saßen die Großmutter und Ruth noch beieinander, um die wichtigsten Arbeiten für den kommenden Tag zu beraten. Ruth sah mit Freuden, wie reger die alte Frau noch an allem teilnahm; wie klar sie alles überdachte. „Großmutter“, fiel Ruth, als sie meinte, daß es gerade angebracht sei, der Greisin ins Wort; „in einem mußt du mir recht geben, es sieht gar nicht gut bei uns aus. Ich fürchte, es währt keinen Winter mehr, dann bricht uns das Dach über dem Kopf zusammen. Es wird alles nichts helfen können, wir müssen die Handwerker kommen lassen.“

Die Großmutter wiegte nachdenklich den Kopf: „Sabe selbst längst daran ge-

dacht, aber mit dem Gelde, das er mir monatlich schickte, als du bei ihm warst, habe ich die alten Schulden bezahlt, aber da blieb dann nichts davon übrig.“

„Du hast Fritz sein Geld, Großmutter.“

„Das ist deine Sache, Ruth.“

„Unsinn, wenn wir dem Jungen ein Heim schaffen, ein Heim, in dem er sich wohlfühlt, was will er denn mehr?“

„Magst recht haben, Ruth, schließlich geh ich bald meinen Weg, die Rieche ist zu nichts mehr nütze, da bleibt ihr beiden allein hier. Es ließe sich schon etwas rauschlagen aus Tal Eden; wir müssen die Sache nur richtig anfassen.“ Die Greisin lächelte. „Ein Gasthaus „Zur Bunten Ruh“ wüßts aber nie mehr.“

„Wollens abwarten, Großmutter. Die Lage ist gut. Das Dorf hat sich vergrößert, die Stadt liegt so nah, die Menschen trachten jetzt alle danach, wenigstens am Sonntag hinauszukommen ins Freie, es wäre doch merkwürdig, wenn wir die Sache nicht in Schwung kriegten...“

„Was mich betrifft, Ruth, mach, wie du denkst, daß es richtig ist.“

(Fortsetzung folgt)